

Das Dortmunder Bürgerbegehren - Kirche unterstützt Bürgeraktion für eine ökologische Abfallwirtschaft



Abb. 66: Demonstration an der Petrikirche

Vorgeschichte

1994 konkretisierten sich in Dortmund erneut die Planungen für eine Müllverbrennungsanlage. Kurz nach Fertigstellung der überdimensionierten Mülldeponie Dortmund-Nordost sollten nun ein zweites Mal hunderte Millionen DM in den Bau einer höchst umstrittenen Entsorgungsanlage fließen.

Ohne aktualisiertes kommunales Abfallwirtschaftskonzept, d.h. ohne hinreichend konkretisierte Planungsgrundlage, sollte eine Müllverbrennungsanlage mit 320.000 t Jahresdurchsatz in der Nähe des Westfalenparks gebaut werden. Ignoriert wurden die landesweit bereits seit 1991 dramatisch sinkenden Restmüllmengen,

A. die sich ankündigenden Auslastungsprobleme benachbarter Müllverbrennungsanlagen, die am MVA-Standort Dortmund-Hörde schon vorhandenen großen Umweltbelastungen (Schwerindustrie und Verkehr),

B. die zu erwartenden enormen Entsorgungskosten, die sich für eine Dortmunder Durchschnittsfamilie zu einer 13. Monatsmiete addieren würden etc.

In dieser Situation entstand ein Bündnis von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Grünen und der Ev. Kirche. Unser Ziel war es, durch ein Bürgerbegehren die auf Müllverbrennung fixierte kommunale Abfallwirtschaft zu stoppen.



Was ist ein Bürgerbegehren?

Nach der Gemeindeordnung NRW können Bürgerinnen und Bürger unter bestimmten Bedingungen anstelle des Rates über kommunale Angelegenheiten entscheiden bzw. Ratsbeschlüsse aufheben. Dafür gibt es zwei Verfahrensschritte:

Das Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid (§25 u. §26 GO).

Im 1. Schritt, dem Bürgerbegehren, wird von den Initiatoren des Begehrens eine Forderung bzw. ein Lösungsvorschlag formuliert und der Bürgerschaft zur Unterstützung unterbreitet.

Um erfolgreich zu sein, muß das Bürgerbegehren von 10% der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt unterstützt werden. In Städten über 500.000 Einwohner muß eine Mindestzahl von 48.000 Unterstützerinnen und Unterstützern erreicht werden.

Unterschriftsberechtigt sind nur wahlberechtigte Einwohner der Stadt. Wenn die erforderliche Zahl an Unterschriften erreicht wird, muß der Stadtrat über die Forderungen des Bürgerbegehrens entscheiden.

1. Der Rat kann in bestimmten Fällen das Bürgerbegehren als formalrechtlich unzulässig zurückweisen.

2. Der Rat kann dem Bürgerbegehren entsprechen.

Dann muß er die Forderungen des Bürgerbegehrens umsetzen und die Kommunalverwaltung dementsprechend anweisen.

3. Der Rat kann das Bürgerbegehren ablehnen. Dann muß jedoch ein Bürgerentscheid zu den Forderungen des Bürgerbegehrens durchgeführt werden.

In diesem Fall werden alle Bürgerinnen und Bürger zur Abstimmung über die Forderungen des Bürgerbegehrens gerufen. Diese Abstimmung muß innerhalb von 3 Monaten erfolgen.

Stimmt dabei die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger den Forderungen zu (mindestens jedoch 25% aller Wahlberechtigten), ist der Bürgerentscheid für den Stadtrat rechtsverbindlich. Vergleichbar mit einem Ratsbeschluß müssen dann die Forderungen der Bürgerinnen und Bürger von der Kommunalverwaltung umgesetzt werden.

Ablauf des Dortmunder Bürgerbegehrens und kirchliche Beteiligung

In einer sechsmonatigen Vorlaufphase wurde das Bürgerbegehren vorbereitet.

Zunächst mußte der Text des Bürgerbegehrens formuliert und juristisch geprüft werden. Wir beschränkten uns dabei nicht auf das bloße Nein zur MVA, sondern forderten den Rat der Stadt auf, durch ein vorrangig auf Müllvermeidung und -verwertung konzentriertes Abfallwirtschaftskonzept den Bau der Müllverbrennungsanlage überflüssig zu machen. Der verbleibende Restmüll sollte durch Verrottung und Vergärung kalt behandelt werden.

Es gelang uns in der Vorbereitungsphase, zahlreiche Unterstützer-Organisationen zu gewinnen. Schließlich schlossen sich uns 50 Dortmunder Gruppen, Initiativen und Verbände an.

Auch mußte die Logistik des Bürgerbegehrens, der Vertrieb der Unterschriftenlisten, die Öffentlichkeitsarbeit und Organisation von Unterschriftensammlungen auf Veranstaltungen, in Fußgängerzonen und Wochenmärkten aufgebaut werden.

Ende April 1995 konnte dann das Dortmunder Bürgerbegehren mit einem bunten Fest in der Dortmunder Innenstadt gestartet werden.

Von Beginn an unterstützten kirchliche Gruppen, Kirchengemeinden und kreiskirchliche Umweltauftragte das Bürgerbegehren. Auch der Vorstand der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen sowie alle Dortmunder Kreissynoden sprachen sich für das Begehren aus. Außerdem unterstützte die Ev. Kirche das Bürgerbegehren finanziell.

Als Sprecher des Bürgerbegehrens wurde ich zu zahlreichen Gemeindeversammlungen, Podiumsdiskussionen und auch in Gottesdienste eingeladen. In Gottesdiensten, Gemeindegruppen und auf Gemeindefesten wurden Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt. Diese breite kirchliche Unterstützung gab dem Bürgerbegehren starken Rückenwind. Ein Fest der Kirchen „Christen für ein besseres Müllkonzept“ auf dem Petrikirchhof in der Dortmunder City fand große Beachtung.

Die politische Konfrontation mit der Ratsmehrheit wurde kirchlicherseits nicht gescheut. Wir versuchten, mit Sachargumenten die Dortmunder Bevölkerung zu überzeugen, daß die bisherige Abfallwirtschaft weder umwelt-, sozial- noch zukunftsverträglich war und sich die Situation durch den Bau der MVA noch erheblich verschärfen würde.

Die Kirchen wie auch das Bürgerbegehren forderten einen grundlegenden Orientierungswechsel in der Dortmunder Abfallwirtschaft. Wir machten deutlich: Vernünftige Abfallwirtschaft kann nur als Gemein-

Das Dortmunder Bürgerbegehren

schaftsaufgabe aller gelingen. Sie kann nur mit und nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger organisiert werden.

Wir drückten unsere Befürchtung aus, daß der Bau der MVA Dortmund unsere Stadt spalten würde in die, die an ihrem Bau und Betrieb verdienen würden und jene, die das Gesundheits-, Umwelt- und Kostenrisiko tragen müßten. Stattdessen forderten wir, die nicht ausgeschöpften Potentiale der Abfallvermeidung und -verwertung zu aktivieren. Da dies mit einer von hohem Müllaufkommen abhängigen Müllverbrennung nicht zu machen sei, schlugen wir ein - ökologisch wie ökonomisch günstigeres - Kaltes Verfahren zur Restmüllbehandlung vor. Diese eindeutige Position der Ev. Kirche wurde von der Öffentlichkeit sehr positiv aufgenommen.

Viele Dortmunder Bürgerinnen und Bürger schlossen sich dem Bürgerbegehren an, so daß innerhalb von wenigen Monaten knapp 40.000 Unterschriften gesammelt werden konnten. So entstand eine von der Kommunalpolitik nicht mehr zu ignorierende „kritische Masse“, die nicht länger Zuschauerin eines gespenstischen, millionenschweren Jonglierens mit Anlagenstandorten, Verbrennungskapazitäten und -techniken sein wollte.

Auf seiten der Kommunalpolitik wurde eine gewisse Unruhe bemerkbar. Man ging auf Forderungen des Bürgerbegehrens ein und begann mit dem flächendeckenden Ausbau der Bioabfallferrfassung und mit der Einrichtung weiterer Wertstoffferrfassungszentren.

Auch der Koalitionsvertrag der neuen, rot-grünen Landesregierung gab unserem Bürgerbegehren Rückhalt. Explizit verließ damit das Land seinen bisherigen Verbrennungskurs. Nach dem Willen des Umweltministeriums sollten keine weiteren MVAs in NRW geplant und gebaut werden.

Schließlich wurde durch eine restriktive Bedarfsprüfung der Bezirksregierung festgestellt, daß eine MVA am Standort Dortmund z.Zt. überflüssig ist.

Bei so viel politischem Gegenwind bemühte sich die Kommunalpolitik um Schadensbegrenzung: Zunächst erlebte die MVA - Dortmund einen rapiden „Schrumpfungsprozeß“: Innerhalb eines halben Jahres wurde die geplante Verbrennungskapazität schrittweise um 100.000 t/a (!) zurückgefahren. Vielen Bürgern wurde daran deutlich, wie unsicher die kommunale Planungsgrundlage für das Millionenprojekt war. Zu guter Letzt wurde der Bau der MVA auf unbestimmte Zeit vertagt.

Das Bürgerbegehren Dortmund hatte mit seiner hartnäckigen, konstruktiven Kritik zu dieser Entwicklung beigetragen. Eine ökologisch und ökonomisch unsinnige Fehlinvestition konnte (vorerst) verhindert werden. Das Bürgerbegehren hatte einen wichtigen Teilerfolg errungen. Leider war es damit defacto auch beendet, obwohl nur noch 8.000 Unterschriften fehlten. Nach dem Bauaufschub für die MVA waren Bürgerinnen und Bürger für das zweite Ziel des Bürgerbegehrens, das bessere „Dortmunder Müllkonzept“, nur noch schwer zu mobilisieren.

Wie geht es weiter?

Der Bau einer MVA-Dortmund ist z.Zt. unwahrscheinlich. Doch bedeutet aufgeschoben noch nicht aufgehoben. Auch ein stimmiges ökologisches Abfallwirtschaftskonzept läßt in Dortmund noch auf sich warten. Nachdem die spektakuläre Auseinandersetzung um die MVA-Dortmund (vorläufig) beendet ist, dominieren in vielen umweltpolitischen Bereichen wieder die „Mühen der Ebene“. Langer Atem mit vielen kleinen Schritten ist angesagt. Ich hoffe, daß sich hier die Dortmunder Kirchen weiterhin engagieren werden (etwa bei der nun anstehenden Entwicklung einer Lokalen Agenda für Dortmund). Der langjährige Widerstand der Kirchengemeinden Dortmund-Asseln und Dortmund-Wickede gegen den Ausbau des Dortmunder Flughafens ist hierfür beispielhaft.

Klaus Breyer